

GEW und Attac -Veranstaltung zu Public - Private- Partnership am 11.5.05 im Römer - Redebeiträge

In gleicher Augenhöhe mit multinationalen Konzernen?

Einführung von Herbert Storn (Vorsitzender des GEW-Bezirksverbands Frankfurt)

Die baden-württembergische Landesregierung hat letzte Woche den Startschuss für Public-Private-Partnership auf breiter Front gegeben: es geht um eine breitere Anwendung von Public-Private-Partnership-Modellen in Baden-Württemberg unter anderem im Schul- oder auch im Feuerwehrbereich. Es geht darum, Vorschläge zur Beseitigung von rechtlichen Hemmnissen zu erarbeiten.

Die Kommunen in Deutschland haben nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Urbanistik in diesem Jahrzehnt einen Investitionsbedarf in Höhe von knapp 700 Milliarden Euro. Davon entfallen 80 Mrd. € auf die Schulen, 120 Mrd. € auf die Abwasserbeseitigung und 180 Mrd. € auf die Verkehrsinfrastruktur. (Wirtschaftsministerium BaWü, Pressemitteilung vom 15.11.2004 zu PPP-Kongress in Stuttgart). Die Einsparungen – wird behauptet – lägen bei PPP zwischen 10 und 20%.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Zusammensetzung des PPP-Beirats BaWü, weil wir dort auch auf namhafte Vertreter des Frankfurter PPP-Projekts Bildungszentrums Ostend treffen: Neben Vertretern des Landes, von Banken und Beratungsfirmen sitzt dort auch Prof. Fritz Berner, Universität Stuttgart (Institut für Baubetriebslehre).

Dieser tritt als Universitätslehrer – also für die Wissenschaftsseite – auf, ist aber gleichzeitig Geschäftsführer der Müller-Altvatter-GmbH und Co. KG, die das Bildungszentrum Ostend gebaut hat und als Müller-Altvatter Gebäudemanagement von Berlin aus betreibt.

Als Geschäftsführer ist Prof. Berner dem Gewinnmaximierungsinteresse seiner GmbH verpflichtet, da könnte man die Wissenschaftlichkeit der vertretenen Thesen anzweifeln. Auf Kongressen tritt deshalb auch ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Baubetriebslehre in Stuttgart, Markus Koch auf, der auch offen als Projektleiter von Müller-Altvatter GmbH und CO.KG ausgewiesen wird.

gebührend würdigen zu können. Niemand soll in 10 oder 20 Jahren sagen können, man habe es nicht besser gewusst !!

Werner Rügemeier, Journalist und Publizist

Ich will Ihnen kurz erläutern, was PPP ist; wobei die Frage gar nicht mehr so theoretisch sich stellt, ist es besser oder schlechter, als wenn die Kommune es selbst macht. Es gibt entgegen dem öffentlichen Bewusstsein und Kenntnisstand das, was jetzt neuerdings als PPP bekannt ist, als

Müller-Altvatter wiederum ist Tochtergesellschaft eines der größten Baukonzerne Europas, der niederländischen Royal BAM Group.

Zwischen Müller-Altvatter GmbH und CO.KG und die Stadtkämmerei/ Stadtschulamt als Auftraggeber ist die Theo Grundstücksverwaltungs mbH geschaltet für die Führung der Projektgesellschaft und die Finanzierung und Verwaltung der Gesamtinvestitionskosten. So verwundert es nicht weiter, dass man bei der Internetrecherche über mehrere verschachtelte Firmen schließlich bei der Südleasing GmbH landet, die wiederum 100%ige Tochter der Landesbank Baden-Württemberg ist.

SüdLeasing GmbH ist auch der Finanzierungspartner des Bildungszentrums Ostend.

Wir haben es also mit großen multinationalen Unternehmen zu tun, was die „gleiche Augenhöhe“ bei Vertragsverhandlungen nicht gerade erleichtert. (Im Landkreis Offenbach ist es über SKE die französische VINCI-Gruppe und Hochtief)

Neben solchen multinationalen Unternehmen sind noch Architekten- und Rechtsanwaltsfirmen im Spiel, die ebenfalls z.T. Global Players sind.

Beim PPP-Projekt im Landkreis Offenbach mit 90 Schulen wurde in der Presse von 30 Mio. € Beraterkosten und 40 Aktenordnern Vertragswerk gesprochen.

Nur selten werden PPP-Verträge am Ende ihrer Laufzeit ausgewertet (was u.a. mit der langen zeitlichen Distanz und den bis dahin aus der Politik Ausgeschiedenen zusammenhängt). Einen solchen Vertrag haben Berliner SPD-Linke (wie sie sich nennen) vor kurzem analysiert. In Westberlin wurden für die Wohnungsbauförderung in den 70er Jahren ähnliche Finanzierungsmodelle wie PPP gewählt.

Prinzip seit etwa 15 Jahren. Und ich habe seit über 10 Jahren solche Projekte im einzelnen verfolgt, mein Uerlebnis war in meiner Heimatstadt Köln: Viele haben ja gehört, dass die Kölner Müllverbrennungsanlage durch Korruption mit ins Leben gerufen worden ist.

Den meisten ist aber nicht klar geworden und die Medien haben das nicht transportiert, wie bei 20 großen Müllverbrennungsanlagen, die in den 90er Jahren in den verschiedenen Städten gebaut worden sind, eine wesentliche Bedingung für Korruption und auch eine Motivation für Korruption die Privatisierung war, die öffentlich-private Partnerschaft. Denn alle

Die Berliner kommen zu folgendem Schluss: „Mehr als jede andere politische Maßnahme ruiniert die Förderung des Berliner Wohnungsbaus den Berliner Haushalt. Selbst die Zahlungen zu Gunsten der Bankgesellschaft Berlin in Höhe von 300 Millionen € jährlich (die bekanntermaßen zur Ablösung der CDU-Regierung in Berlin führte, d.Verf.) nehmen sich gegen die fortlaufenden „Schuldendiensthilfen“ als Folge der Förderung des Berliner Wohnungsbaus in Höhe von rund 1.271 Millionen € (2,5 Milliarden DM) pro Jahr fast mager aus.“

Warum hat man die 4 Schulen von 150 Schulen in Frankfurt für ein PPP-Projekt ausgewählt?

In FFM haben wir doch mit der Magistratsvorlage M 260 ein Investitionsprogramm 2005 – 2008, das bereits Investitionen für die jetzt für PPP vorgesehenen Schulen (Carl-von-Weinberg, Freiherr-vom-Stein, Heinrich-Kleyer - 10 Mio € - und Bikuz - 10 Mio €) vorsieht.

Die Grundlage für entsprechende Investitionen wären also auch ohne PPP gegeben.

Wir fragen auch, wo die Vergleichsstudien bleiben, die von fast allen Römerparteien gefordert worden sind. Handelt es sich hierbei nur um eine Alibiforderung?

Was ist mit der Kritik des Revisionsamts, das ebenfalls darauf hingewiesen hat, dass eine Vergleichsuntersuchung nicht vorliege?

Es stehen auch die Antworten auf den Offenen Brief des GEW-Bezirksverbands vom 17. 1. 2005 an die Stadtverordneten aus.

Ob wir mit der heutigen Veranstaltung das bereits eingeleitete PPP-Projekt in FFM beeinflussen können, wissen wir nicht. Wir wollen aber den kritischen Sachverstand in dieser Stadt und für diesen Ort hier aufbringen, der nötig ist, um derartig langfristige und grundlegende Weichenstellungen

Müllverbrennungsanlagen neueren Datums sind durch gemeinsame GmbHs von Städten und privaten Entsorgern (im Falle von Köln und NRW ist das immer RWE) durchgeführt worden.

Solche Möglichkeiten kommunaler Entsorgung in die Hand zu bekommen, war für Private schon attraktiv, und zwar einmal: wer wird Gesellschafter einer solchen privaten Müllgesellschaft, dann die Frage: wer darf dieses Milliardenprojekt bauen, welches Bauunternehmen bekommt den Auftrag, und dann: wer bekommt die langfristigen

Betreuungsaufträge, die Reparaturaufträge für diese Anlagen?!

Sie müssen immer die langen Laufzeiten von 20, 25, 30 Jahren bedenken - und da gibt es natürlich in unserer unsicher gewordenen Finanzwelt, wo der eine oder andere Unternehmer schon mal pleite gehen kann, kaum etwas Sichereres als solche 20/ 30jährigen Staatsaufträge, hinter denen ja immer eine Kommune oder der Staat stehen, die nicht pleite gehen können. Und deswegen also ist Korruption durchaus eine weit verbreitete Erscheinung. Ich habe diese Erfahrung, was Müllverbrennung oder auch z.B. den Bau des Kölner Rathauses und der Köln-Arena nach ähnlichem PPP betrifft, in einem Buch , "Colonia Corrupta" zusammengefasst.

Also für die meisten ist der Begriff PPP relativ neu. Er wurde vor ungefähr vier Jahren geprägt durch die Bundesregierung. Das Verkehrsministerium hatte im Vorfeld von Toll Collect ein Gutachten in Auftrag gegeben über ‚PPP im öffentlichen Hochbau‘. Und das kam dadurch zustande, dass die Bauindustrie bei unserem Bundeskanzler interveniert hat, dass er doch auch dafür sorgen solle, dass die Bauindustrie mehr Aufträge kriegt. Und daraufhin hat das Verkehrsministerium ein mehrtausendseitiges Gutachten in Auftrag gegeben, das wurde - und auch das ist wichtig: wer macht so was - erstellt von einer großen amerikanischen Anwaltskanzlei Freshfield & Beringer mit einer großen Niederlassung hier in Frankfurt – vielleicht dem einen oder andern bekannt - und der großen amerikanischen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Price Coopers, die auch als Berater bei Privatisierungen in Städten weiterhin tätig sind und meistens auch die Erstellung der Verträge machen.

In diesem Gutachten sind ungefähr 7 verschiedene Varianten von PPP definiert worden: Also Investoren bauen ein Rathaus und vermieten es an die Stadt für 20, 30 Jahre oder – wie es hier der Fall wäre - bei den Schulen in Frankfurt oder Offenbach saniert ein privates Bauunternehmen die Schulen und übernimmt das Betreiben für 20, 25 Jahre. Oder eben solche gemischtwirtschaftliche Unternehmen, wo die Stadt und ein privates Unternehmen eine GmbH gründen , um damit beispielsweise den Bau einer Müllverbrennungslage in Gang setzen.

Davon gibt es ungefähr 7 Varianten von PPP und mit einer haben Sie es dann hier zu tun. Und weil das eigentlich schon seit ungefähr 15 Jahren läuft - die Verträge der Müllverbrennungslage stammen von Anfang der 90er Jahre und ich habe auch sehr viele in Sachsen und den neuen Bundesländern über die Jahre begleitet - haben wir schon eine Menge Erfahrungen, wie das läuft. Die Praxis ist schon sehr viel älter als die meisten wissen. Insofern ist das schon gar keine theoretische Frage mehr, aber diejenigen, die das Konzept auch heute noch verteidigen, sind eigentlich etwas empirie-resistent, die wollen gar nicht wissen, was in den Hunderten von Projekten in den letzten Jahren raus gekommen ist.

Meine These, die ich an vielen Dutzenden genau untersuchten Privatisierungsprojekten erhärten könnte:

PPP ist eine teure und aufwendige Angelegenheit, teurer und aufwendiger, als wenn

die Kommune das selbst machen würde.

Kommen wir mal zu dem Aspekt teuer.

Es wird ja verkauft mit dem Argument, PPP ist ein Mittel gegen die Finanznot der Kommunen. In Wirklichkeit aber hat sie überall, wo ich das untersucht habe, die Finanznot der Kommunen verschärft.

Zunächst sieht es ja gut aus. Ein Privater, wie hier die privaten Baufirmen, finanzieren von sich aus das Sanieren der Schulen und die Stadt zahlt dann 20 Jahre eine Miete dafür. Aber in Wirklichkeit kann man das mit einer verdeckten Darlehensaufnahme vergleichen. Nur die Stadt ist es nicht, die dieses Darlehen aufnimmt, sondern der Bauunternehmer. Und im Haushalt der Stadt taucht keine Darlehensaufnahme auf, aber jedes Jahr muss 20 Jahre lang eine – in der Regel sich auch steigende - Leasingrate gezahlt werden, d.h. die Stadt geht eine langfristige Verpflichtung ein von z.B. 20 Jahren. Sie kann nicht einfach im Jahre 2015 sagen, dieses Jahr haben wir andere Prioritätensetzungen. Es ist sozusagen wie eine Kreditaufnahme: sie müssen Zins und Tilgung zahlen und es wird deswegen teurer, weil der Private, der das auch über einen Kredit finanziert, im Durchschnitt 2% höhere Zinsen für seinen Kredit zahlen muss als die Stadt. Die Kommunaldarlehen sind durchschnittlich 2% billiger. Dann, der Private muss Umsatz- und Gewerbesteuer zahlen. Wenn Sie das zusammenrechnen, sind Sie bei ungefähr 18 bis 19%. Und dann kommt dazu, der Private will Gewinn machen, und hier wird also den Privaten eine Gewinngarantie gegeben, die ungefähr bei 6% anfängt.

Ich habe hier mal ein Beispiel vom heutigen Tag:

Die Bank Dellbrück/Bethmann/Maffei bietet also privaten Anlegern an, sich an einem Immobilienfonds der AXA-Versicherung zu beteiligen, die nämlich hier für die Stadtverwaltung Frankfurt für die Unterbringung des Amtes Jugend und Soziales Grünhof Frankfurt Nord, Stadtteil Dornbusch das Gebäude gebaut hat und den individuellen Anlegern , die sich an diesem Fonds beteiligen, ab 2006 eine jährliche Ausschüttung von 6% aufsteigend garantiert. Das ist nichts Ungewöhnliches, das ist der Durchschnitt. Das heißt, da kommt dann noch mal 6% drauf, die in der Leasingrate der Stadt, in der Miete, enthalten sind. Und das sind dann sozusagen noch Peanuts, aber im Unterschied zu einer kommunalen Erledigung kommen dann bei einem privaten Unternehmen noch Kosten dazu, die eine Stadt nicht hätte, nämlich die Aufsichtsratsbezüge und die Vorstands- und Geschäftsführergehälter einer privaten Gesellschaft.

Diese Gehälter sind höher als bei den Beamten der Stadt Frankfurt.

D.h., wenn Sie das alles zusammenzählen, dann haben Sie, sehr konservativ gerechnet, ungefähr Mehrkosten um die 20 bis 30%, ohne dass sich die Leistung geändert hätte.

Und wenn jetzt der Private noch billiger sein soll - das will er natürlich sein oder er behauptet das zumindest - , dann hat er zwei Möglichkeiten, seinen Aufwand herunterzudrücken. Einmal

kann er an den Gehältern und Löhnen der mittleren und unteren Beschäftigten drehen, die dann die Sanierung durchführen oder die Hausmeisterarbeiten ausführen usw. Oder er kann überhaupt weniger Personal einstellen oder er kann die Zeiten, in denen das Gebäude offen steht oder bewacht wird, reduzieren. Und die andere Möglichkeit, die sozusagen zum ganz routinemäßigen Instrumentarium der Kostensenkung gehört, ist eben die, Steuern zu sparen, indem ganz routinemäßig - das fällt natürlich einem holländischen Konzern nicht schwer - eine Holding in einer Finanzoase gegründet wird oder eben die Anleger ihre eingezahlte Summe als Verlustzuweisung auf andere Gewinne geltend machen können. So dass sie also jetzt als Sekundäreffekte, die jetzt nicht sogleich hier in der Stadt Frankfurt anfallen, aber indirekt schon, das Problem haben, dass die Zahl der Arbeitsplätze geringer ist, als wenn die Kommune das erledigen würde, und die Summe der Kaufkraft sinkt und zum anderen die Steuereinnahmen des Gesamtstaates sinken. Das bekommt die Stadt Frankfurt nicht unmittelbar zu spüren, aber auf die Dauer schon, wenn nämlich die Zuweisungen des Landes Hessen oder der Bundesrepublik Deutschland noch stärker galoppierend nach unten gehen. Und da sind wir ja schon mittendrin.

Das ist also der betriebliche oder volkswirtschaftliche Aspekt einer solchen Privatisierung. Jetzt komme ich noch zu dem Aspekt aufwendiger.

Wenn Sie es dann mit einem Großkonzern zu tun haben, der seine amerikanischen Berater, seine amerikanische Anwaltskanzlei einsetzt, müssen sie, um auf gleicher Augenhöhe mit diesem Konzern einen 20-Jahresvertrag durchzuziehen, schon etwas tun. Da können sie nicht im Hochbauamt oder in der Kämmerei das Personal reduzieren und denken, der macht schon alles richtig und wie es im Vertrag steht. Alle Erfahrungen zeigen, das ist nicht der Fall. Sie müssen sozusagen um jede einzelne Leistungserbringung kämpfen, auch wenn sie vereinbart ist, denn die Tendenz des Unternehmers ist nicht die, alles über- zu erfüllen, sondern möglichst gar nicht viel zu tun, gerade soviel zu tun, dass niemand protestiert.

Das ist für sich genommen das ganz normale Verhalten. Das heißt also, um eine dauernde Qualitätskontrolle durchzuführen, um Reparaturen zeitgerecht durchzuführen, um Sicherheit zu gewährleisten, den Reinigungsstandard, müssen sie kämpfen. Ebenso um die Benutzungszeiten, wie lange der Hausmeister da ist, wie lange die Sicherheitskräfte da sind, auch wenn es im Vertrag steht. Überall gibt es dann einen Punkt , dass der Betreiber sagt, so genau haben wir das nicht vereinbart. Das können Sie sich vorstellen, dass sich in 20 Jahren Situationen ergeben werden, die man nicht so genau vereinbaren kann. Überall dort gibt's dann ein Gerangel und vor allem dann, wenn sich der Vertrag seinem zeitlichen Ende nähert und wo der Betreiber verpflichtet ist, die sanierte Schule in einem guten Zustand der Stadt am Ende der 20 Jahre zu übergeben.

Was meinen Sie, was da für ein Gerangel entsteht, wo dann der Betreiber sagt, es ist doch alles in Ordnung. Das heißt also, um mit einem Konzern von dieser Güte 20 Jahre lang auf

gleicher Augenhöhe verhandeln zu können und Ihre Ansprüche durchsetzen zu können, da brauchen Sie mehr Personal als bisher und da brauchen Sie höher qualifiziertes Personal, als Sie bisher haben.

An sich ist das banal, aber das Schlimme ist, dass es bei uns in der Öffentlichkeit, bei den Mehrheitsparteien, den ganz blinden Glauben gibt: mach die Augen zu und glaube, der Private macht's besser, ist effektiver, billiger usw. Dieser Glaube sitzt inzwischen so fest, trotz aller Gegenbeweise. Ich kann Ihnen Hunderte von Projekten zwischen Dresden und Hamburg, Köln und München nennen: das Gegenteil ist der Fall. Aber diese Erfahrungen kommen nicht in die Öffentlichkeit.

Es ist also dieser Aspekt der enttäuschten Versprechungen und Erwartungen bei der Durchführung eines langfristigen Vertrages mit einem privaten Unternehmen. Und es ist jetzt nicht ein Unternehmen aus Frankfurt oder Hessen, mit dem man mit regionalen Bindungen oder Beziehungen eine gegenseitige Verpflichtung hat, sondern das ist ein Konzern, der in den Niederlanden oder in Frankreich oder sonst wo sitzt.

Also fällt auch diese Seite von Gegenseitigkeit, die vielleicht die Durchführung eines Vertrages erleichtern würde, weg.

Und dann kommen noch ein paar Risiken – und damit schließe ich jetzt ab: Wenn Sie sich auf diese langfristige Festlegung einlassen, dann verzichten Sie natürlich auf Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Sie müssen immer diese lange Laufzeit bedenken - und heute wissen alle, dass sich alles schnell umgestaltet.

Wer weiß, wie viele Schüler in 20 Jahren in die Schulen gehen. Wer weiß, wie viele Angestellte die Stadt Frankfurt noch haben wird. Wer weiß, wie viele Angestellte in diesem Gebäude da, für was jetzt die Dellbrück/Bethmann-Bank wirbt und für die sie Anleger sucht, noch sitzen werden, wenn die Entwicklung so weiter geht. Aber dann haben sie dieses Gebäude am Hals und Sie müssen die Miete zahlen. Dem Immobilienkonzern ist es egal, ob da jemand drin arbeitet oder nicht, der ist zufrieden, wenn er die Miete kriegt.

Das heißt also, je länger diese Verträge dauern, desto geringer wird Ihre Gestaltungsfreiheit.

Und ein Aspekt, der immer eine Rolle spielt, ist die Geheimhaltung. Das gehört einfach ganz elementar dazu.

Bei Toll Collect hat die gleiche Anwaltskanzlei - Freshfield & Beringer - den Vertrag gemacht, mit 20.000 Seiten. Selbst die Mitglieder des Haushaltsausschusses des Bundestages haben auf nachhaltiges Verlangen den Vertrag nicht zu sehen bekommen. Das Ministerium hat denen eine 180-seitige Zusammenfassung vorgelegt, die aber wiederum von der Kanzlei gemacht worden ist, die den Vertrag sowieso gemacht hat, sodass man nicht sicher sein konnte, dass auch alles drin steht. Und auch die wurde am Ende der Sitzung des Haushaltsausschusses wieder eingesammelt!

Ähnliches haben wir ja bei Cross Border Leasing erlebt. Jetzt muss diese Geheimhaltung

irgendeinen Sinn haben, denn ansonsten treten die ja mit der Haltung auf, ist doch alles ganz legal, ist doch alles viel besser, als wenn es der Staat machen würde. Wieso muss da was geheimlicht werden? Wieso steht das unter Geheimhaltung?

Das was hier als Vertragsinhalt öffentlich gesagt wird, ist nur ein kleiner Teil dessen, um das es geht. Bei Cross Border Leasing ist es immer so dargestellt worden: das sind zwei Vertragspartner, die Stadt Frankfurt, die verkauft ihre Metro an einen erfolgreichen Investor und dafür kriegt sie ein paar Millionchen... Das Wesentliche ist, dass mit diesen 1,6 oder 2,6 Mrd. Euro Transaktionssumme eine 30-jährige globale Geldpumpe in gang gesetzt worden wäre, an der 6 verschiedene Banken ihren Gewinn gemacht hätten, die eine als Darlehensbank, die andere als Depotbank, die andere als Schuldübernahmebank.

Wo gibt es auf der Welt so eine bequeme Möglichkeit, einer staatlichen Einrichtung wie einer deutschen Stadt 30 Jahre lang ein Darlehen zu geben und dafür Zinsen zu kriegen – 30 Jahre lang. Aber das ist ja öffentlich nie richtig gesagt worden, dass das das eigentliche Motiv ist für dieses Cross Border Geschäft.

Oder bei diesen langfristigen Sanierungs- und Investorenmodellen mit Städten ist es ja so, dass der Bauherr, z.B. Hochtief, dann diesen 20jährigen Mietvertrag dann wiederum an eine Bank verkaufen. Das nennt sich Asset Backed Securities.

Dabei geht es noch um viele andere Dinge, sozusagen um Drittverwertungen, die in diesen Verträgen geregelt werden, weil letztlich die Stadt der pflichtige Zahler ist. Wenn da die Mietrate ausfällt, dann bricht dieses System in sich zusammen. Deswegen sind diese Haftungsmöglichkeiten, die dann auf die Stadt zurückfallen, so wichtig und werden deshalb so umfangreich zu regeln versucht.

Das sind meine Erfahrungen, die ich an vielen Projekten untersucht habe.

PPP ist teurer aus den genannten Gründen, als eine kommunale Erledigung, sie ist aufwendiger und schließlich ist sie in unserer turbulenten und völlig intransparent gewordenen Finanzwelt auch wesentlich riskanter.

Michael Damian, Schuldezernat

Das ist doch durchaus eine schwierige Aufgabe, vor der ich hier stehe. Hier wird ein Horrorgemälde nach dem anderen produziert und ich soll jetzt zu den ganzen Aussagen Stellung beziehen. Das kann ich nicht und das kann ich Ihnen gleich sagen.

In dem, was ich Ihnen sage, wird sicherlich einiges beantwortet sein von dem, was hier an Unterstellungen und auch an falschen Behauptungen erwähnt worden ist. Ich kann auch gerne noch auf die einzelnen Vorwürfe eingehen.

Ich will aber ganz sachlich und normal, wie sich das geziemt, anfangen.

Im Jahr 2003 ist der Magistrat von der Stadtverordnetenversammlung aufgefordert worden, andere alternative Finanzierungsmöglichkeiten für Schulen, insbesondere im investiven Bereich aufzuarbeiten und zu prüfen. Und angesichts der finanziellen Situation, vor der wir in Frankfurt stehen und angesichts dessen, dass wir auch sehr verschärfte Auflagen des Innenministers haben, sind wir dazu übergegangen, zu prüfen, ob man möglicherweise bei den Schulen auch ein PPP-Verfahren umsetzen kann.

Zur finanziellen Situation gerade im Bildungsbereich kann ich Ihnen Folgendes sagen:

Wir laufen seit Jahren den nötigen Bauunterhaltungsmaßnahmen hinterher. Wir bekommen jedes Jahr 16 Mio. Euro, hätten aber 25 Mio. Euro nötig, um alleine die Beschädigungen, die Sanierungsnotwendigkeiten an den Schulen zu beseitigen. D.h. hier ist schon mal der erste Punkt, wo wir ganz massiv finanziell unter Druck stehen. Die Stadt Frankfurt gibt insgesamt 312 Mio. Euro für Bildung und Betreuung aus und dennoch reicht das bei weitem nicht.

Wir haben nahezu jedes Jahr verschärfte Gesetze. Wir haben beispielsweise das vor zwei Jahren verschärfte Baugesetz und in diesem Baugesetz geht es beispielsweise darum, dass auch regelmäßig Menschen vom Bauamt und von den Kontrollbehörden durch die Schulen gehen und feststellen, was alles im Argen liegt. Das ist auch in Ordnung, diese Sonderbaukontrollen sind notwendig, und bei den letzten Kontrollen hatten wir das Ergebnis, dass wir an mehr als 100 Schulen sofortige Maßnahmen in die Wege leiten müssten, die ein Finanzvolumen von insgesamt mehr als 100 Mio. Euro erfordern würden.

Eigentlich müsste da sofort was gemacht werden, aber da wir das Geld nicht haben, müssen wir jetzt schauen, wie wir das in den nächsten Jahren abarbeiten. Hinzu kommt: wir haben in den nächsten Jahren in Frankfurt noch eine rege Bautätigkeit. Wir haben noch 23 Baugebiete in Frankfurt und wenn man den ganzen Infrastrukturbedarf, der sich aufgrund der Baugebiete und der Bebauungstätigkeit ergibt, zusammenfasst, so sind das insgesamt 10 Schulen und 47 Kindergärten, die noch zu bauen sind. Wenn man davon ausgeht, dass eine Schule mindestens schätzungsweise 15 Mio. Euro kostet, dann können Sie ermesen, was das bedeutet. D.h. es ist eng und es wird auch in den nächsten Jahren eng bleiben.

Wir haben uns dem PPP-Bereich ja auch deshalb genähert, weil das ein Bereich ist, der in vielen Kommunen in Deutschland jetzt angegangen wird und im Gegensatz zu Herrn Rügemer, der hier die Form eines Horrorbildes von den PPP-Maßnahmen gezeichnet hat, gibt es andere Untersuchungen und auch die kennen wir (wir kennen auch die von Herrn Rügemer und was er bisher veröffentlicht hat), die genau das Gegenteil belegen. Und die besagen, dass PPP ein durchaus gutes Verfahren ist, um die aktuelle und auch akute Not der Kommunen zu beheben.

Wir haben tatsächlich vor zwei Jahren das Bildungszentrum Ostend angefangen und von

diesem Bildungszentrum wurde eben einiges hier berichtet. Es sind 6 bekannte Frankfurter Institutionen, die VHS, zwei Abendgymnasien, die Bethmannschule, das Hoch'sche Konservatorium und die Bankakademie. Vier davon sind schon eingezogen, die Abendgymnasien ziehen Ende Mai ein.

Das heißt, ein wesentlicher Vorteil, den wir von PPP erwarten und der bisher auch eingetreten ist, ist die zeitliche Dimension.

Wenn Sie vor 2 Jahren vernommen hätten, dass wir für diese 5 Institutionen (die 6., die Bankakademie fällt etwas aus dem Rahmen) jeweils ein Gebäude suchen wollten, dann wären Sie sicherlich nicht davon ausgegangen, dass innerhalb von 2 Jahren dieser Komplex schon steht.

Wir haben diesen Weg beschritten und tatsächlich, die Firma, die dieses Gebäude gebaut hat, hat sich konkret und ganz exakt an die Daten gehalten. Innerhalb dieser Zeit, die wir vorher festgelegt hatten, stand das Gebäude. Und eigentlich, wenn man das mit den normalen Wegen der Stadt vergleicht, ist dieses Ergebnis sensationell.

Die Zufriedenheit der Nutzer ist hoch, wenn man mal von der Bethmannschule absieht, von der ich heute hier gehört habe, dass es noch in vielen Bereichen eine Reihe von großen Schwierigkeiten und Anlaufschwierigkeiten gibt - und ich will sie wirklich unter dieser Prämisse Anlaufschwierigkeit subsumieren. Wenn Sie mal ins Konservatorium gehen, wenn Sie in die VHS gehen, dann werden Sie überall sehen, das ist ein schönes helles Gebäude, es ist sehr viel Marmor verbaut, es ist sehr aus dem, was wir bisher aus Erfahrungen mit Schulbauten haben, eine durchaus hohe Qualität, ein hoher Qualitätsstandard. Und was die Farbe betrifft, das weiß ich nicht, Herr Müller, wie das zustande gekommen ist, das ist aber nicht Stand dessen, was normalerweise dort passiert.

Zu den finanziellen Ersparnissen: Da bin ich nicht der absolute Experte, ich bin im Bildungsdezernat, ich bin nicht in der Kämmerei, das will ich gleich dazu sagen, und im Übrigen ist ja auch die Kämmerei eigentlich federführend für diesen Bereich. Die Kämmerei muss federführend sein, weil das ein großes finanzielles Projekt ist, und da sind wir als Schulbehörde überfordert, wir sind nicht die Experten.

Nach Aussagen der Kämmerei lag die Ersparnis hier im Bildungszentrum Ostend, und es gibt keinen Grund das anzuzweifeln, bei 25%.

Ich möchte Ihnen eine Vergleichszahl nennen.

Wir haben 1989 die Werner-von-Siemens-Schule in Frankfurt gebaut. 1989 hat diese Schule 110 Millionen DM gekostet, das ist exakt genau die gleiche Zahl, nämlich 55 Mio. Euro, die wir jetzt für die 6 Institutionen im Bildungszentrum bezahlen. Ganz genau die gleiche Zahl.

Das zu Verteuerungen.

Diese 55 Mio. Euro sind die Gesamtkosten über die 20 Jahre.

Noch ein weiteres Beispiel, was die finanzielle Seite betrifft. Wir haben im Bildungszentrum Ostend vorher Institutionen gehabt, die Miete gezahlt haben.

Wir zahlen jetzt praktisch, bis auf einiges, das aber nicht erheblich ist, nicht mehr als das, was bisher an Miete von den Institutionen gezahlt wurde, als Miete für den Investor ab. Das heißt also, auch hier ist es nicht so, wie hier immer behauptet wurde, dass die Stadt ein tödliches finanzielles Risiko eingeht, keine Spur davon. Das heißt, unter dem Strich, wenn man von diesen Anlaufschwierigkeiten absieht, haben wir zumindest bisher nicht nur die Vermutung, sondern auch die Sicherheit gehabt, das, was wir in Frankfurt bisher an PPP-Projekten gemacht haben, ist solide. Wir sind davon überzeugt und wir machen das in einem Modell-Projekt weiter und dieses Modell-Projekt bezieht sich auf 4 Schulen.

Wir machen es nicht so wie Offenbach-Land, die gleich alle 90 Schulen mit dem PPP-Projekt überziehen. Das wäre uns auch zu riskant, zu heikel, wir wollen erst mal aus der Situation, in der Frankfurt ist, schauen, ob sich das so entwickelt, wie wir das vermuten und wir haben 4 Schulen ausgewählt.

Und ich kann Ihnen auch sagen, aus welchem Grund wir diese 4 Schulen ausgewählt haben, nämlich Bikuz, Heinrich-Kleyer-Schule, Freiherr-vom-Stein-Schule und die Carl-von-Weinberg-Schule. Die 3 ersten Schulen sind die Schulen, die am weitesten und am schärfsten von den Brandschutzmaßnahmen betroffen sind. Im Rahmen des künftigen PPP-Sanierungsverfahrens werden diese 3 Schulen weitgehend entkernt, d.h. dort entstehen im Grunde neue Schulen. Das sind sehr, sehr hohe Kosten, jeweils über 10 Mio. Euro. Wir brauchen das Geld, das sind allein schon bei den 4 Schulen nach überschlägiger Schätzung weit über 50 oder 60 Mio. Euro, die wir sofort in die Hand nehmen müssten, die aber für die anderen Schulen, die auch noch mit Sanierungsmaßnahmen zu versehen sind, fehlen. Insofern erwarten wir uns von diesem Projekt eine Entlastung des Haushalts und eine Möglichkeit, erstens diese 4 Schulen schneller anzugehen (ich sage Ihnen nachher noch was zum Zeitpunkt) und zweitens, um andere Schulen auch in den Genuss kommen zu lassen, dass wir sie wenigstens mal sanieren können, wenn man da von Genuss sprechen kann.

Wir erwarten auf der einen Seite eine Entlastung des Haushalts und auf der anderen Seite eine schnelle zeitliche Umsetzung. Nach dem, was wir jetzt wissen, wird im nächsten Sommer angefangen, diese 4 Schulen zu sanieren. D.h., die Sanierungszeit wird aller Voraussicht nach 1 Jahr betragen und auch das sollte man nicht glauben, wenn man das über das normale Verfahren machen würde, dass man dann im Jahre 2007 diese Schulen praktisch wie neu in Frankfurt stehen hat.

Die Schulen - und das ist jetzt ein Prozess gewesen, der in den letzten Monaten sehr intensiv war - haben dem Raumprogramm, das wir gemeinsam erarbeitet haben, zugestimmt. Alle Schulen haben einen Raumzuwachs. Wir sind z.Zt. dabei, das Funktionsprogramm (wir hatten gerade bis eben eine Sitzung zum Funktionsprogramm) zu dem Raumprogramm zu

erarbeiten, d.h. die Schulen haben weitgehend Mitsprachemöglichkeiten. Wir haben eine weitgehende Flexibilität, wie sie die Räume anordnen wollen, die für ihre Schule notwendig sind. Auch das wird uns gelingen. Wir führen einen transparenten Prozess und da gibt es keine Geheimverhandlungen o.ä.

D.h. wir haben die Stadtverordneten in sämtlichen Situationen, die es gibt, eingeweiht und denen ist das bekannt, was z.Zt. gemacht wird. Und zwar die 4 Bündnisparteien und nicht die anderen. Und wir haben vor, im Sommer die Ausschreibung zu beginnen.

Das ist erst mal das Statement, das ich zu PPP sagen möchte. Wenn Sie wollen, kann ich auch gern noch auf Fragen oder auch Vorwürfe, die hier geäußert wurden, eingehen, beispielsweise, was die Tiefgarage betrifft.

Das ist eine öffentliche Tiefgarage, die war ursprünglich gar nicht geplant für die Schule. Es sollte eine Quartiersgarage werden und die ist nun zufällig, da dieser Bau dort gerade war, unter die Schule gekommen. Es ist eine öffentliche Tiefgarage. Die Folgekosten und die Renovierungen müssen natürlich nicht von der Schule bezahlt werden. Im Übrigen möchte ich Ihnen sagen - Sie mögen es vielleicht nicht wissen wollen - , für meine Begriffe ist dieses PPP-Modell für diese 4 Schulen tatsächlich ein Glücksfall. Wenn Sie mal in die Schulen reingehen würden und sehen würden, unter welchen Bedingungen unterrichtet wird und wie die Schulgebäude auch aussehen, dann würden Sie merken: wenn die Schulen in 3 oder 2 ½ Jahren fertig sind, dann sind das praktisch neue Schulen. Und auf welche Weise bekommen wir neue Schulen in Frankfurt. D.h. auch hier ist es so, dass die finanziellen Belastungen übersichtlich sind. Und ich glaube - und ziehe für mich insgesamt als Resümee - dieses Horrorgemälde, was wir hier am Anfang gehört haben, ist nicht richtig.

Zur Beantwortung der Fragen aus dem Publikum:

Herr Berk hat einleuchtend und überzeugend dargelegt und das bestätigt, was ich Ihnen gesagt habe, dass wir hier tatsächlich ein transparentes und offenes Verfahren versuchen. Und dass wir auch versuchen, zumindest wir von Seiten des Dezernats, die pädagogischen Standards, die natürlich auch die wichtigste Voraussetzung sind, soweit auszudehnen, dass man damit auch in den nächsten 20 Jahren gut leben kann. Was die Standards betrifft, so ist das tatsächlich so, dass die, das haben wir festgeschrieben, auch für die kommenden Schulen, die noch zu bauen sind, Grundlagen sind. D.h. also, auch künftig werden Klassenräume nicht mehr unter 60 qm gebaut werden, sondern die werden zwischen 60 qm und 75 qm sein, so dass wir auch hier eine erhebliche Verbesserung erfahren werden.

Frau Berger vom Dessauer, Sie haben gesagt, Sie haben ein Drittel der Fläche verloren. Für Dessauer ist das zum Teil richtig. Es gibt sehr große Verkehrsflächen am Dessauer, sie werden aber, was die Klassen betrifft und was die Naturwissenschaften betrifft und was den rein schulischen Bereich betrifft, nichts verlieren, im Gegenteil: auch da wird sich eine Ausweitung

ergeben.

Das bezieht sich auf dieses riesengroße BIKUZ und was die Tiefgarage betrifft, die wird weiterhin von der Saalbau betrieben wie auch insgesamt das BIKUZ weiterhin nach den jetzigen Bedingungen betrieben wird, da wird sich nichts ändern.

Herr Roth von der Freiherr-vom-Stein-Schule, Sie hatten gesagt, wir haben tatsächlich am Anfang dieses Prozesses den Schulen gesagt, sie mögen doch mal eine Wunschliste aufstellen, was sie sich für die nächsten 20 Jahre wünschen. Diese Wunschliste ist auch von den Schulen gemacht worden. Das ist das eine.

Auf der anderen Seite haben wir die Liste hingelegt, was ist z.Zt. an den Schulen vorhanden und dann haben wir uns sukzessive in der Mitte geeinigt, was ist pädagogisch möglich und finanziell verkraftbar. Das war genau der Punkt, wo wir sehr lange und intensiv mit den Schulleitern gerungen haben. So ist dieser Prozess gelaufen, ganz offen und sehr transparent, wie ich finde.

Zu den Standards will ich noch was sagen. Ich habe eben was zu den Raumgrößen gesagt. Die naturwissenschaftlichen Räume sind mit 75 qm durchaus zufrieden stellend. Ich bin auch selbst viele Jahre Lehrer gewesen und ich weiß, was man da braucht.

Es wird natürlich auch an den 4 Schulen, an 3 Schulen - an der einen gibt es das schon - Cafeterien geben, um das, was wir z.Zt. im Ganztags schulbereich ohnehin mit erheblichen Mühen versuchen, umzusetzen. So was gehört auch zum Standard und an der Bethmannschule gab es das Missgeschick mit den Beamern, das war wirklich ein Missgeschick und das muss gelöst werden und ich glaube, da ist auch ein Weg gefunden worden. Es wird auch künftig an diesen Schulen Beamer-Aufhängungen geben, es werden auch Beamer in den Schulen vorhanden sein. Das ist sicher kein Problem

Zu dem Schüler Felix wollte ich noch sagen:

Er hatte gefragt, ob die Verträge offen ausgelegt werden. Ich muss gestehen, ich bin kein Jurist und kenne mich nicht so gut aus. Ich weiß, es sind schwierige juristische Fragen. Es gibt da ein Vertragsrecht, das eingehalten werden muss.

Es wird aber auf jeden Fall so sein, dass die Vertragsbestandteile, die wir gemeinsam auch mit den Schulen erarbeiten, dass die offen sind und dass die auch jeder Mann und jeder Frau ersichtlich sind.

Heini Fecher, Sie hatten gesagt, die Schulräume seien zu klein. Dazu habe ich eben schon was gesagt. Ich denke, das ist eine Perspektive für die 20 Jahre, die sich sehen lassen kann.

Herr Dähne, Sie haben die Kostenabrechnung angemahnt. Ich bin nicht Kämmereileiter, da müssten Sie Herrn Weiss fragen. Natürlich haben wir auch schon mehrfach angefragt, aber die wird sicher noch kommen. Was PPP für praktisch bildbare betrifft, das kann ich Ihnen auch hiermit verraten: wir haben z.Zt. schwierige Situationen im praktisch bildbaren Bereich. Wir haben die Albert-Griesinger-Schule, das wissen einige von Ihnen, die platzt seit 2 Jahren aus

allen Nähten. Die ist damals für 150 Schüler konzipiert worden, da sind aber jetzt schon 220 Schüler drin. D.h., die braucht dringend einen Neubau. Wir versuchen jetzt am Rebstockgelände, wo die Stadt ein institutionelles PPP umsetzt, die Schule auch noch mit reinzukriegen. Das ist nicht so ganz einfach, aber wir sind guter Hoffnung, dass das klappt, dass die zweite praktisch bildbare Schule in Frankfurt auf dem großen Rebstockgelände Platz hat und damit Auslaufgelände.

Frau Storn, Offenbach, Sie haben ja von Offenbach berichtet. Kann ich wenig zu sagen. Was die Standards betrifft, bezüglich der Schulen, habe ich eben schon einiges gesagt.

Es wäre ja Unsinn, wenn wir uns jetzt eine große Mühe mit den Standards machen würden und wir würden dann von den Standards abweichen. Da denkt doch kein Mensch dran.

Wir brauchen nicht zu fürchten, dass sich niemand auf die Ausschreibung meldet.

Wir haben schon Anfragen in Hülle und Fülle von großen und kleinen Firmen, die alle sich um Aufträge reißen. Zurzeit ist es tatsächlich auch nicht so einfach für die Firmen.

Jochen Nagel, Vorsitzender des GEW-Landesverbands Hessen

Ich habe die Diskussion mitverfolgt und es geht mir einfach nicht aus dem Sinn, dass wir eher an den Symptomen rumkurieren und permanent über die Ursache nicht reden.

Es wird dann am Anfang immer argumentiert: es ist kein Geld da. Stop. Und jetzt hört das Denken auf und können wir uns sozusagen nur noch innerhalb dieser Mechanismen bewegen. In diesen Gedanken kommen mir dann immer noch zwei andere Überlegungen in den Kopf: wir sind ja nicht nur im Schillerjahr, Stichwort ‚Die Räuber‘, wir sind auch im Hans Christian Andersen-Jahr. Und da habe ich im Kopf das Märchen ‚Des Kaisers neue Kleider‘. Die permanente Wiederholung und Beschreibung eines Zustandes, der nicht hinterfragt werden darf, denn sobald der hinterfragt wird und sobald die Diskussion um Aufklärung geht, bricht das Ganze zusammen.

Das ist die Bedrohung dieses Szenarios und da sage ich einfach, wir werden dann immer wieder vor der Frage stehen, wo die eingesparten so- und-so-viel Millionen bleiben oder wo wie in der Vergangenheit Milliarden und Millionen umsonst ausgegeben werden. Also man muss sehr viel detaillierter in die Diskussion gehen und sich nicht über die Glückseligkeit beruhigen lassen nach dem Motto: ‚Der Markt ist halt billiger und der schafft es besser‘. Das ist wirklich ein Märchen.

Ich weiß sehr wohl, dass man in der Realpolitik dann heute handelt und sagt, der da vorne kann gut reden, aber ich als Realpolitiker muss trotzdem entscheiden nach dem Motto, die Schulen sehen so und nicht anders aus.

Aber man muss sich trotzdem fragen, warum sehen die Schulen so marode aus, warum ist das so passiert, ohne dass es gleich einen Aufschrei gab in diesem Lande? Dass eigentlich denjenigen, die Geschäfte machen bei PPP,

schon seit Jahren Steuergeschenke gemacht werden; um dann gleichzeitig zu sagen, wir haben dann nicht das Geld, um die Schulen zu sanieren.

Und jetzt kommen die, die schon von den Steuergeschenken profitiert haben und profitieren wieder, indem sie die PPP-Geschäfte machen und die wieder die Steuer entsprechend abschreiben und dafür sorgen, dass die öffentlichen Haushalte immer weniger bekommen. Und das ist der Kreislauf und das Dilemma, vor dem wir stehen. Und wo ich auch hier und heute keine Lösung anbieten kann, aber meine, darüber müssen wir viel, viel stärker nachdenken. Ohne einen grundsätzlichen Politikwechsel werden wir in 5 Jahren darüber reden, wie das nächste Dilemma noch schwieriger mit noch 3 Verknotungen zu lösen ist. Das ist die Situation und deshalb zum Schluss eins:

Von einer Journalistin bin ich neulich gefragt worden, was sagt die GEW eigentlich dazu, dass zunehmend Menschen ihre Kinder an Privatschulen anmelden.

Ich konnte der Frau gar nicht die richtige Antwort geben. Für die Reichen in diesem Lande ist es schlichtweg so, dass sie heute mit Steuern plus Gebühren für Privatschulen wesentlich weniger bezahlen als sie vor 10 Jahren bezahlt haben. Also heute können sie sich sozusagen durch die Steuerersparnis, die man ihnen gegeben hat, auch die Privatschulen für ihre Kinder noch zusätzlich leisten.

Und sie haben ihre Kinder aus dem sozialen System herausgemogelt, das durch die Steuersenkungen im Angebot permanent verschlechtert wurde. Also: das soziale öffentliche Angebot wird dadurch immer weiter heruntergefahren - und bestimmte Leute retten sich auf die Insel der Privatisierung.

Insofern ist ja Privatisierung immer etwas Schönes und das wollte ich schon mal hier noch einbringen, dass wir diese Debatte viel grundlegender führen müssen als mit Zahlen und der These, dass die Privatisierung die Rettung sei, sie ist das Gegenteil.